



Miltahader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.65 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Strotentz. Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg. — Postkonto: Enztalbank Hübner & Co., Wildbad; Bezirksbank Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postkontonummer 2174 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einpaltige 10 mm breite Zeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsnachrichten, Stellenangebote 2 Pf.; im Restteil die 10 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontoretskassen oder beim gewöhnlichen Bezugspreis vornehmlich wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 96, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Europa vor neuem Start

Die außenpolitischen Konsequenzen der Saarabstimmung

Die überwältigende Mehrheit, die am 13. Januar an der Saar für Deutschland stimmte, tat in ihrem Bewußtsein damit nur etwas Selbstverständliches. Die Stimme des Volkes, die nicht zu überhören war durch Verhetzung und Parteipropaganda, legte das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft ab. Aber gerade dadurch bekam diese Volksabstimmung ihre außenpolitische Bedeutung. Das Ausland, das dem neuen Deutschland vielfach noch mißgünstig, ablehnend oder mindestens zurückhaltend gegenübersteht, hat bisher an die Geschlossenheit des Volkswillens, an die Einheit der Nation nicht geglaubt oder wenigstens vorgegeben, nicht daran zu glauben. Wo ein bei den Kernmassen spontanes, dann aber von Monat zu Monat immer weiter um sich greifendes Zurückbesinnen zum nationalen Selbstbewußtsein vorlag, haben sie Zwang. Dem Ergebnis der Saarabstimmung gegenüber kann dieser Einwand nicht erhoben werden, denn die internationalen Instanzen, die die Gewalt im Saargebiet bisher ausübten, haben mit einer die Grenzen der Neutralität vielfach überschreitenden Besorgtheit die Freiheit der Abstimmung gesichert. Die Annahme, daß sich in ihr eine irgendwie belangreiche Zahl von Stimmen gegen die Wiedervereinigung mit dem Reich aussprechen würde, war irrig. Ueber alles Trennende hinweg hat das Saarvolk sich mit den Brüdern und Schwestern jenseits der 15 Jahre lang aufrecht erhaltenen unnatürlichen Grenze in dem einen Bekenntnis vereint: Das ganze Deutschland soll es sein.

Mit diesem ganzen Deutschland aber muß nunmehr Europa rechnen. Es gibt keine Spekulation auf Unzufriedene und Abirrende mehr. Wenn wir uns klar machen, wie in allen unseren außenpolitischen Betrachtungen Frankreich, England, Italien ins immer als geschlossene Einheiten erschienen sind, daß eine Vorkstellung von einem „anderen“ England, Frankreich oder Italien überhaupt niemals bei uns aufkommen konnte, dann werden wir erst begreifen, welches Schwerkriegs das Einheitsbekenntnis vom 13. Januar, das schließlich ja in einem Akkord zusammenklingt, mit den Abstimmungsbekennnissen im Reich vom November 1933 und August 1934, in außenpolitischer Beziehung gewinnen muß. Die Staatsmänner lieben es heute, von den Tribünen öffentlichen Versammlungen und Parlamente von der Politik des Friedens und der Annäherung zu sprechen, wie es der französische Ministerpräsident Flandin dieser Tage auf einem Essen der Alliance Democratique tat. Und er fügte hinzu: „Ich weiß, daß man stark sein muß, um den Frieden aufrecht zu erhalten, aber ich weiß auch, daß man in internationalen Beziehungen entgegenkommend sein und realistisch denken muß, um den Frieden zu verdienen.“ Stark ist nur ein Volk, das einig ist, und wir stimmen mit dem französischen Ministerpräsidenten darin überein, daß diese aus der Einigkeit fließende Stärke den Frieden am besten sichert.

In dem Augenblick, in dem die Welt das Bestehen eines Deutschlands der Ehre und der Einheit als Tatsache anerkennt — und das muß sie nach dem 13. Januar — wird das Werk der Verständigung mehr zu einer technischen Angelegenheit, einer Sache des gerechten Abwägens der Lebensinteressen und der Mittel zu ihrer Wahrung. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß es jetzt gelingen kann.

Zum 1. März wird das Saargebiet in aller Form zurückgegeben. Dieser einstimmige Beschluß des Völkerbundsrats hat umso mehr betrieidigt, als es zunächst schien, daß man von französischer Seite aus Verzögerungen und Hemmnisse einzuschalten versuchte. Die Notwendigkeit einer raschen Entscheidung siegte zuletzt. Vernunft und Einsicht trugen in Genf den Sieg davon, als die Entschließung des Dreier-Ausschusses Annahme fand. Bis 15. Februar soll zwischen Deutschland, Frankreich und der Regierungskommission des Saargebiets über die Durchführungsbestimmungen Einigkeit erzielt sein. Der französische Außenminister Laval hat, wohl aus innerpolitischen Rücksichten, in einer sehr kühl gehaltenen Erklärung den Tatsachen Rechnung getragen, die erkennen läßt, daß der Weg zu kühnen Entschlüssen in der gesamteuropäischen Politik noch allerlei Hindernisse aufweist. Die französische Sicherheitshege spielt dabei eine Hauptrolle. Deshalb kommt nun die Ostpolitikfrage und die Ausfüllung der römischen Protokolle an die Reihe, mit ihnen zusammen die Frage der Rückstellungen.

In Genf ist den zwei deutschen Hauptforderungen Rechnung getragen worden: ungeteilte Rückgabe an einem gleichzeitigen festzusetzenden Zeitpunkt. Damit ist das unangenehme kleine Zwischenpiel beendet. Es bleibt zu wünschen, daß bei der Regelung der „Rebenfragen“ nicht neuerdings der Ungeist austritt, der immer noch im französischen Generalstab sein Wesen treibt. Wenn Laval in seiner Erklärung vor dem Völkerbundsrat so sehr die angeblich noch zu überwindenden Schwierigkeiten betont, so ist nicht recht einzusehen, worin eigentlich diese Schwierigkeiten bestehen sollen, da es sich doch im wesentlichen nur um Durchführungsbestimmungen und um wenige rechtliche Punkte technischer Art handelt, nachdem man sich in Rom bereits über die Hauptpunkte geeinigt hat. Die Frage der „Entmilita-

Tagespiegel.

Der Beschluß des Völkerbundsrats über die Saar-Rückgliederung zum 1. März hat überall guten Eindruck gemacht und Befriedigung ausgelöst.

Ueber die technischen Fragen der Saar-Rückgliederung soll in Rom in nächster Woche verhandelt werden; die Entmilitarisierungsfrage wird zwischen Deutschland und Frankreich auf diplomatischem Wege behandelt.

Die deutsch-jaarländische Zollgrenze besteht weiter, es wurde eine saarländisch-französische Zollgrenze geschaffen.

Der Völkerbundsrat erlebte am Freitag eine umfangreiche Tagesordnung mit verschiedenen Fragen.

Gegen die litauischen Uebergriffe im Memelland hat der Vizepräsident des Memellandes, Schulrat Meyer, eine Beschwerdebeschrift dem Völkerbund unterbreitet.

Die Reichspost legt für 1934 den vorläufigen Jahresabschluss mit befriedigendem Ergebnis vor.

„Litteratur“ soll außerdem in unmittelbaren diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geregelt werden.

Die Sitzung des Völkerbundsrates

Eine Rede Lavals

Genf, 18. Jan. Der Vorsitzende des Dreier-Ausschusses, Baron Aloisi, sprach in der entscheidenden Sitzung des Völkerbundsrates über die Saarfrage der Abstimmungskommission sowie der Regierungskommission den Dank des Völkerbundes für die von ihnen geleistete Arbeit aus. Insbesondere dankte er Anoz für das Geschick, mit dem er das Saargebiet in der schwierigen Zeit des Abstimmungsaktes im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens verwaltet habe.

Der französische Außenminister Laval schloß sich dem Dank an die beiden Saarkommissionen an und gab sodann eine wichtige Erklärung ab. Er führte aus: Die Abstimmung hat stattgefunden. Das Votum ist klar und der darin ausgesprochene Wille kategorisch. Das Saarvolk hat sein Schicksal frei gewählt. Der Völkerbundsrat muß die Rückgliederung der Saar an Deutschland bejehlichen.

Indem Frankreich, wie ich erklärt hatte, die Volksabstimmung im voraus angenommen hat, hat es seine Treue zu dem Grundsatz der Vertragseinhaltung bewiesen. Der Völkerbund hat wieder einmal der Sache des Friedens einen Dienst geleistet, indem er dieses heikle Problem, das eine Konfliktsursache zwischen zwei großen Völkern sein konnte, auf der ihm zukommenden internationalen Ebene gehalten und gelöst hat. Die Aufgaben des Rates sind noch nicht beendet. Ehe die Vereinigung mit Deutschland verwirklicht werden kann, bleiben wichtige Fragen zu regeln. Die Entschließung, die wir annehmen wollen, stellt dem Dreier-Ausschuß eine wichtige Aufgabe. Er muß im Benehmen mit den beiden interessierten Regierungen und der Regierungskommission uns die Bedingungen vorschlagen, unter denen der Uebergang der Souveränität erfolgen soll und die verschiedenen Formen der Liquidierung des gegenwärtigen Regimes ausarbeiten. Der Völkerbundsrat wird so eine der heikelsten Missionen zu erfüllen haben, die ihm durch den Vertrag zugewiesen worden sind. Die zu regelnden Fragen sind zahlreich. Sie sind verwickelt. Aber die bisherigen Verhandlungen erleichtern den endgültigen Abschluß. Ich habe bereits dem Dreier-Ausschuß genaue Vorschläge in dieser Hinsicht unterbreitet und die Vertreter der französischen Regierung stehen ihm schon jetzt zu seiner Verfügung. 15 Jahre hindurch ist die Ordnung im Saargebiet aufrecht erhalten worden. Die Volksabstimmung ist ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. Dieses Ergebnis macht dem Völkerbund, der Regierungskommission und der Saarbevölkerung Ehre.

Der Regierungschef des Deutschen Reiches hat sich vorgestern an die Saarländer gewandt und hat ihnen gesagt, daß ihre Rückkehr zum deutschen Vaterland mit keinem Mangel behaftet sein dürfe, und daß sie die höchste Disziplin bewahren müßten. Durch diese Sprache hat Reichskanzler Hitler, dessen Bin ich sicher, seinen Willen aussprechen wollen, daß alle Repressalien gegen diejenigen vermieden werden, die von ihrer vertraglichen Meinungs- und Abstimmungsfreiheit Gebrauch gemacht haben. Sie müssen die Garantie ihrer Sicherheit in den Verpflichtungen finden, die die deutsche Regierung im Juni und Dezember letzten Jahres frei und freiwillig übernommen hat. Die Endregelung darf keine Bitterkeit zurücklassen. Sie muß, das ist die Hoffnung der Weltöffentlichkeit, in Würde erfolgen.

Aus Gründen der Menschlichkeit hat Frankreich den Zutritt zu seinem Gebiet den aus dem Saargebiet kommenden

Flüchtlingen, die sich nach der Volksabstimmung an seiner Grenze einfinden sollten, nicht versagt. Es hat mit den gebotenen Kontrollbestimmungen Maßnahmen getroffen, um sie aufzunehmen. Es muß aber volles Einverständnis darüber herrschen, daß das Problem der Saarflüchtlinge, wenn es aufzutreten sollte und in dem Maße, wie es aufzutreten sollte, internationalen Charakter hat und behält. Seine Lösung wäre Aufgabe des Völkerbundes. Die französische Regierung beabsichtigt schon heute, den Rat mit einer Denkschrift über diesen Punkt zu befragen.

Indem er die Rückkehr zu Deutschland begrüßt, hat Reichskanzler Hitler noch einmal seinen Friedensbeden betont. Er hat erklärt, daß der Akt vom 13. Januar einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Versöhnung der Völker bedeute, und daß das Deutsche Reich keine territoriale Forderung gegenüber Frankreich habe. Ich nehme davon Kenntnis. Die Annäherung zwischen unseren beiden Ländern ist in der Tat eine der wesentlichen Voraussetzungen der wirksamen Gewährleistung des Friedens in Europa. Frankreich ist friedliebend und verfolgt kein selbststüchtiges Ziel. Es will der Würde, auf die ein großes Volk mit Recht bedacht sein muß, nicht in der geringsten Weise Abbruch tun.

Ueber die Geschichte lehrt Frankreich, daß es in Sicherheit leben muß. Die anderen Nationen haben daselbe Recht. Und um eines der Elemente dieser Sicherheit zu suchen, darf keine Regierung zögern, ihren Teil am Abschluß von Pakten zu übernehmen, die gerade den Zweck haben, jedem der unterzeichnenden Länder die unerläßlichen gegenseitigen Bürgschaften zuzusichern.

Erst gestern hat der französische Botschafter in Berlin der Reichsregierung eine Note über den Ostpakt, über den wir die Verhandlungen fortsetzen, überreicht. Bald werden wir nach der konkreten Form suchen, die den römischen Abmachungen gegeben werden kann, damit ihre wohlthuende Wirkung sich auf alle interessierten Länder erstrecke. So läßt Frankreich seine Solidaritätspflicht auf, und das Gefühl dieser Pflicht ist für seine Schritte bestimmend. Der Friede ist ein Werk der Geduld, der Kühnheit und des Willens. Er wird von allen Völkern gefordert. Er ist die Voraussetzung, ohne die das Elend sich in der Welt verhärtet wird. Er schließt den nationalen Stolz nicht aus. Frankreich ist nach wie vor bereit, seine Verantwortung bei der zuverlässigen Organisierung des Friedens zu übernehmen. Er fordert alle zur Mitarbeit auf. Ich habe Wert darauf gelegt, diese Erklärung vor dem Völkerbundsrat abzugeben, denn im Rahmen der Genfer Institution und in strenger Uebereinstimmung mit den ihr zugrunde liegenden Grundsätzen wird Frankreich das Werk des Friedens, dem es zugeban ist, fortführen.

Nach Laval nahm der englische Großsegelebewahrer Eden

das Wort zu einer kurzen Erklärung. Die soeben erreichte Verständigung, so sagte er, mache sowohl den Parteien wie dem Völkerbund Ehre. Es sei wohl nicht zu viel gehofft, wenn man annehme, daß sie zur internationalen Verständigung beitragen werde. Der Geist des Dreier-Ausschusses sei in demselben konstruktiven Verstand abgelagert wie die Rede des französischen Außenministers, die man soeben gehört habe. Im Anschluß daran sprach der Vertreter Englands dem Dreier-Ausschuß und seinem Vorsitzenden sowie der Regierungskommission des Saargebiets die besondere Anerkennung seines Landes aus. Er lobte besonders die Zähigkeit und Geduld der mit der Lösung der Saarfrage betrauten Personen.

Nach Eden sprach der Sowjetvölkerkommissar Pitwinow.

Er nannte die Lösung der Saarfrage einen Erfolg für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es könne nun kein Zweifel mehr über die Rationalität der Saarbevölkerung sein: Sie wolle Deutsch bleiben mit allen damit verbundenen Folgen. Die endgültige Lösung der Saarfrage sei ein Schritt auf dem Wege zum Frieden; doch seien hier noch längst nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Der Friede werde aber nicht gesichert dadurch, daß gewisse Staaten ihre eigenen Wege gingen, sondern nur durch gemeinsame Abmachungen, die allen offen ständen. Man müsse auch wissen, daß durch private Erklärungen dieses oder jenes Staatsmannes der Friede noch nicht garantiert sei. Dazu sei eine kollektive Sicherung notwendig.

Nach der Annahme der Entschließung über die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland sprach der türkische Außenminister Rüschü Aras als Präsident des Völkerbundsrates der Regierungskommission seinen Dank für ihre im Interesse des Völkerbundes und des Friedens geleistete Arbeit aus.

In Erwiderung auf diese Dankesworte betonte Anoz seine Zufriedenheit, mit dem Völkerbund und seinen verschiedenen Instanzen so glücklich zusammengearbeitet zu haben und bat den Völkerbundsrat um die Ermächtigung, weitgehende Annehmlichkeiten im Saargebiet zu treffen und diejenigen Maßnahmen aufzuheben, die nur für die Abstimmungszeit getroffen worden. Diese Ermächtigung wurde der Regierungskommission ohne Aussprache erteilt und die Sitzung hierauf geschlossen.

Lavals Besprechungen in Genf

Genf, 18. Jan. Außenminister Laval entsaflet nach der Erledigung der Saarfrage in Genf noch eine außerordentlich rege

Tätigkeit. Er hat sich besonders mit der abessinischen Frage beschäftigt und hatte aus diesem Grunde eine Unterredung mit Loisi und Eden, außerdem mit dem hiesigen Vertreter Abessiniens. Ferner hatte er mit dem griechischen Außenminister eine Besprechung und wird mit dem österreichischen Außenminister von Berger-Waldenegg frühstücken. Für später sind noch einige Unterredungen mit Litwinow und dem polnischen Außenminister Bed vorgelesen. Es heißt, daß die Russen sehr mit aller Kraft auf eine verstärkte Initiative in der Ostpaktfrage hindrängen und die Franzosen nach dieser Richtung unter Druck setzen wollen. Der französische Außenminister wird bis Samstagabend in Genf bleiben.

Paris zur Genfer Entscheidung

Paris, 18. Jan. Die Pariser Morgenpresse zeigt sich im allgemeinen mit dem Ausgang der Völkerbundsitzung und der mit Deutschland zustandgekommenen Einigung zufrieden. Der Außenpolitiker des „Excelsior“ erklärt dazu, man müsse, um ehrlich zu sein, zugeben, daß diese Einigung zum großen Teil dem Weltfrieden und dem vertraglichen Geist der Reichsregierung zu verdanken sei, der auch vom französischen Außenminister anerkannt werde. Die Lösung der Saarfrage eröffnete günstige Aussichten für eine deutsch-französische Annäherung. Allerdings könne diese Annäherung sich nicht ausschließlich auf mündliche Versicherungen stützen, sondern müsse sich, um dauerhaft zu sein, auf einer Gesamtheit von Abkommen aufbauen, die für die Zukunft jede Verunsicherung ausschließen.

Auch das „Journal“ ist der Ansicht, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in den letzten 48 Stunden eine bedeutende Rolle gespielt habe, um mit der Kleinigkeitskrämerei und Bürokratie des Völkerbundes fertig zu werden. Das Blatt wirft dem so weittragenden Vertreter vor, sich bei seinen Ausführungen so ungeschickt wie nur möglich benommen zu haben. Er habe mit jener ihm eigenen Ironie gesprochen, die sich gegen ihn selbst richten müsse, wenn er das freie Bestimmungsrecht der Völker erwähne, das gerade bei dem unterdrückten russischen Volk eine so eigentümliche Anwendung finde. Es sei doch immerhin bemerkenswert, daß ausgerechnet die Sowjets sich einbildeten, den zivilisierten Nationen Lehren erteilen zu können.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, Bertinaz, ist natürlich mit den in Genf getroffenen Vereinbarungen nicht einverstanden, sondern spricht von einer Demütigung der internationalen Autorität. Die deutschen Unterhändler hätten brutal alles gefordert und nur widerwillig ein Kompromiß angenommen. Der Völkerbund, der sich seiner Machtlosigkeit bewußt gewesen sei, habe sich den Forderungen der Reichsregierung gefügt.

Der „Tour“ ist der Ansicht, daß die erste Handlung der Reichsregierung nach der Saarabstimmung keine Handlung der allgemeinen Befriedigung gewesen sei, denn sie habe sich gegenüber den Forderungen des Völkerbundes sehr unnachgiebig gezeigt.

Das „Journal“ unterstreicht, daß der französische Außenminister absichtlich die Tür für eine Verständigung mit Deutschland sehr weit geöffnet habe. Man könne kaum nicht den Vorwurf machen, der Wünschen des Reiches nicht weit genug entgegengekommen zu sein, denn er habe nicht nur die berühmte Erklärung vom 11. Dezember 1932 über die Gleichberechtigung in der Rüstungs- und Sicherheitsfrage wiederholt, sondern sie noch ausdrücklich unterstrichen.

Das „Devoir“ bemerkt, daß jeder Mensch hinter dieser Rede des französischen Außenministers den leidenschaftlichsten Einsatz für den Abschluß eines Ostpaktes erraten habe. Die französische Note, die in dieser Angelegenheit Anfang der Woche in Berlin überreicht worden sei, sehe als Preis für die Anerkennung der Gleichberechtigung den Beitritt Deutschlands zu diesem Ostpakt voraus.

Aus dem Völkerbund

Einhaltung der Danziger Verfassung — Danzig und Polen

Genf, 18. Jan. Der Völkerbundsrat trat am Freitag zunächst zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Im Anschluß begann die öffentliche Sitzung. Als erster Punkt der öffentlichen Tagung stand die Danziger Frage zur Verhandlung. Der Vorsitzende forderte den Danziger Senatspräsidenten Greifer sowie den Hohen Kommissar des Völkerbundes, Vester, auf, auf Ratssitzung Platz zu nehmen. Nachdem der Berichterstatter, Lord-Begelbewahrer Eden, im Völkerbundsrat seine Vorschläge unterbreitet hatte, ergriff der Präsident des Senats der freien Stadt Danzig, Greifer, das Wort. Er nahm Kenntnis von dem eben vorgetragenen Bericht und stellte mit Genugtuung fest, daß der Berichterstatter dem Hohen Rat den Vorschlag gemacht hat, die Behandlung der vom Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig übermittelten zwei Eingaben der katholischen Priester und der Zentrumsparterie auf die Tagung des Rates im Mai zu verschieben. Die Regierung der freien Stadt Danzig habe weiterhin Kenntnis genommen von der Stellungnahme des Oberkommissars des Völkerbundes in Danzig für 1934. Der Berichterstatter hält es für richtig, so sagte der Senatspräsident weiter, die Mitglieder des Völkerbunds darauf aufmerksam zu machen, daß die Möglichkeiten einer Entwicklung abgesehen seien, welche mit dem Völkerbund garantierten Verfassung der freien Stadt Danzig vielleicht nicht mehr in Einklang gebracht werden könnten. In der Verfassung der freien Stadt Danzig ist ausdrücklich der Grundgedanke der Demokratie verankert, nach welchem die Mehrheit der Bevölkerung die Willensrichtung der von ihr beeinflussten Regierungstätigkeit bestimmt. Diese Willensbildung der Danziger Bevölkerung ist in den Volkswahlen von 1933 zu mehr als 50 Prozent und in den Kreiswahlwahlen in zwei Danziger Kreisen vom November 1934 zu 80 Prozent eindeutig zugunsten der NSDAP in Danzig zum Ausdruck gekommen. Es ist darauf für die Regierung der freien Stadt eine selbstverständliche Pflicht, in den von der Verfassung gezogenen Grenzen ihre nationalsozialistischen Ziele zu verwirklichen. Ich freue mich ganz besonders, hier vor dem Hohen Rat der Nationen die Feststellung treffen zu können, daß ich mit dieser Ansicht mit dem Herrn hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig vollkommen übereinstimme.

Die Regierung der freien Stadt Danzig wünscht auch in Zukunft etwaige Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen in direkter Aussprache und Verhandlung zu klären und einer Entscheidung zuzuführen, ohne die Instanzen des Rates in Anspruch zu nehmen. Hierbei läßt sich die Regierung der freien Stadt von der Voraussetzung und Gewißheit leiten, daß derselbe Wille bei der Regierung der Republik Polen gleichfalls vorhanden ist.

Der Vertreter der polnischen Regierung stimmte der Vertagung der von Danziger Staatsbürgern vorgebrachten Beschwerden zu. Er glaube, daß direkte Besprechungen zwischen der Danziger Regierung und den Vertretern der Zentrumsparterie die beste Methode sei.

Der Vertreter Frankreichs, Maffigli, unterstrich die vom Berichterstatter mitgeteilte Erklärung des Danziger Senatspräsidenten, daß er die Verfassung der freien Stadt selbstverständlich achten werde. Nach einer kurzen weiteren Bemerkung Edens wurde dann die Vertagung der Beschwerde der beiden katholischen Priester vom Rat beschlossen.

Senatspräsident Greifer ging dann um den Ratstisch herum zu dem Berichterstatter Eden und schüttelte ihm dankend die Hand. Er verabschiedete sich darauf mit dem zum erstenmal im Ratssaal erschienenen Hitlergruß.

Der Völkerbundsrat trat dann wieder in die Behandlung der schwedischen Kriegsschadensfrage ein. Der argentinische Berichterstatter hatte in seinem Bericht der Meinung Ausdruck verliehen, daß der Haager Gerichtshof nicht zuständig sei, über diese Frage ein Gutachten zu erteilen, da die Schweiz sich in diesem Falle auf seinen Gefesparagraphe oder Bericht berufen könne. Bundesrat Motta hatte demgegenüber geltend gemacht, daß es für den Völkerbund nicht möglich sei, die Angelegenheit einfach zurückzuweisen, denn der Schweiz stehe kein anderer Weg offen, sich in dieser Frage zum Rechte zu verhalten, da die direkten Verhandlungen mit den betreffenden Staaten zu keinem Ergebnis geführt hätten. Wenn der Gerichtshof nicht angerufen werden könne, müsse ein anderer Weg gefunden werden. In der heutigen Verhandlung begann zunächst der spanische Vertreter de Madariaga, seine Stellungnahme zur schweizerischen Forderung in langer Rede zu entwickeln.

Die Beschwerde des Prinzen Pleh gegen die über ihn verhängten polnischen Zwangsmaßnahmen wurde am Freitag durch Beschluß des Völkerbundsrates zurückgewiesen.

Der Ausschuss richtet aber die vorläufige Mahnung an Polen, darüber zu wachen, daß die Maßnahmen der polnischen Behörden nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden, zu Zwecken, die mit den Verpflichtungen der polnischen Regierung nicht vereinbar sein würden. Zum Schluß sagt der Bericht nochmals das Gutachten des Ausschusses dahin zusammen, daß keine Verstöße gegen das oberhalb erwähnte Abkommen vorliegen. In dieser umständlichen und nicht widerspruchsfreien Völkerbundsprache soll nun die Beschwerde des Fürsten Pleh endgültig begraben werden. Der Zufall will es, daß derselbe Rat wenige Minuten später in der Frage der griechischen Minderheiten in Albanien beschloß, die Frage dem Haager Gerichtshof zu überweisen. Es ist kein Geheimnis, daß die Sachverständigen ursprünglich vom höchsten Gesichtspunkt aus durchaus geneigt waren, dem Fürsten v. Pleh Recht zu geben, daß aber später hinzukommende politische Gründe für den negativen Entscheid maßgebend waren.

Nach unzähligen Verhandlungen hinter den Kulissen ist auch am Freitag die ungarisch-jüdische Streitfrage wegen des Marzeiller Mordanschlags verhandelt worden. Jede Aussprache wurde vermieiden. Die Frage wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Die ungarische Abdeutung, die Streitfrage schon sehr in klarer Weise zu beenden und jede spätere Wiederaufnahme auszuschließen, ist damit noch nicht erreicht worden.

Für Samstag ist eine neue Ratstagung angesetzt. Die wichtigste noch ausstehende Frage ist die abessinische Frage. Man rechnet aber bestimmt damit, daß der Völkerbundsrat sich bemühen wird, diese Streitfrage so schnell wie möglich wieder vom Ratstisch verschwinden zu lassen.

Die Memelbeschwerde

Genf, 18. Jan. Der Vizepräsident des memelländischen Landtages, Schulrat Meyer, hat den Vertretern der Unterzeichnermächte des Memelabkommens in Genf eine Ergänzung zu seinen früheren Memelbeschwerden überreicht. Diese neue Beschwerde beschäftigt sich in erster Linie mit der gewalttätigen Behinderung des memelländischen Landtages am 17. Dezember 1933 gegen die vom litauischen Gouverneur eingesetzten Direktoren zu verhindern, hat dieser den Landtag durch die verschiedenen Maßnahmen bereits zum fünften Male beschlußunfähig gemacht. Abgeordnete wurden verhaftet und verprügelt. Die Polizei drang in die Landtagssäle ein und ließ es zu Sitzungen nicht kommen. Der Gouverneur hat sich ferner vorausgenommen, die Sitzungen statutenwidrig zu schließen. Das ist bis jetzt bereits dreimal geschehen. Dieses gewalttätige Vorgehen der litauischen Behörden erregte überall größtes Aufsehen.

Auch die Schweizer Presse hat sich dieser Angelegenheit angenommen. So führt z. B. der „Bund“ nach der ausführlichen Erörterung der Statuoverletzungen aus: Die Lage ist unhaltbar und bedarf dringend baldiger Abhilfe. Zwar haben die Siegermächte am 26. September 1934 eine Demarche in Romno unternommen und ein Rechtsgutachten angefertigt, das für Litauen sehr ungünstig ausgefallen ist, aber seit der Zeit ansehender nichts weiter veranlaßt. Es ist zu erwarten, daß nach der Bereinigung der Saarfrage im Westen auch dieser Ost-Jahres die Völkerbundsstreife beschäftigende Unruheherd in Hinsicht auf die allgemein angestrebte Befriedigung beseitigt werden wird.

Die Reichspost im Jahre 1934

Befriedigende Verkehrsentwicklung

Berlin, 18. Jan. Die Deutsche Reichspost veröffentlicht einen vorläufigen Ueberblick über die Verkehrsentwicklung im Jahre 1934. War im Jahre 1933 — wenn auch nur in geringem Umfang — noch ein Verkehrsrückgang festzustellen, so weisen die Verkehrsstatistiken für die Zeit vom Januar bis November 1934 (für Dezember liegt das Ergebnis noch nicht durchweg vor) gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres fast allgemein erfreuliche Zugänge auf. Wesentlich ist vor allem, daß die seit 1929 rückläufige Bewegung des Briefverkehrs aufgehört und einer Verkehrs Zunahme von fast 3 v. H. Platz gemacht hat. Günstig war bei einem Zugang von 10 v. H. die Entwicklung des Klein- und Postverkehrs (Postpaket, Postkarte). Im Postverkehrsverkehr haben die Umschaltungen um 8 v. H., der Umsatz und das durchschnittliche Guthaben um 15 v. H. zugenommen. Die Zahl der Sprechstellen ist um 4 v. H. auf 3.067.320 gestiegen. Mehr als zwei Milliarden Gespräche wurden in den elf Monaten von diesen Sprechstellen ausgeführt. Das ist eine Verkehrssteigerung von rund 7 Prozent. Das Kreispostliniennetz wurde durch Einrichtung neuer und einer Erweiterung vorhandener Linien erweitert. Das deutsche Luftpostnetz umfaßte im Sommer 1934 99 Linien. Es verband Deutschland mit fast allen Ländern Europas, sowie mit Argentinien, Brasilien und Uruguay. Die deutschen Linien hatten eine Gesamtstrecke von 42.100 Kilometer. Im Winter 1934/35 werden 50 Linien, darunter die Linie nach Südamerika, besorgen. Ein regelmäßiger Luftpostverkehr mit Südamerika auf der Linie Stuttgart—Bathurst (Britisch-Gambien)—Natal—Rio de Janeiro—Buenos Aires wird seit einiger Zeit mit wöchentlichem Dienst betrieben. Die Benutzung des Südamerika-Flugdienstes bedeutet im Verkehr mit fast allen südamerikanischen Ländern Zeitgewinne bis zu 16 Tagen. Zu erwähnen sind noch die Botschaften (Schleudersätze) von den Dampfern „Bremen“ und „Europa“ nach dem Festland auf Entfernungen bis zu 1200 Kilometer. Der im Oktober 1933 zwischen Berlin und Hamburg eingerichtete selbstständige Fernschreiber-Verkehr hat jetzt 49 Teilnehmer für die Bildtelegraphie wurde in Köln eine neue Bildstelle eingerichtet. Der Fernsprechverkehr hat sich dank der Gebührenerhöhung und im Zuge der Belebung der allgemeinen Wirtschaft gut entwickelt. Im Fernschreiberverkehr sind auf den von Deutschland betriebenen Funklinien 26 Millionen Wörter (1933: 23 Millionen) übermittelt worden.

Auf dem Gebiete des Fernsehens wurden die Empfangsverträge über größere Entfernungen mit Erfolg fortgesetzt. Die ersten Fernsehpuffer für den Hausgebrauch wurden fertiggestellt und erprobt. Einen ungewöhnlich starken Aufschwung nahm der Rundfunk. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer stieg von 5.052.607 Anfang 1934 auf 6.142.921 am 1. Januar 1935, insgesamt im Kalenderjahr 1934 um 1.090.314 Teilnehmer, das sind rund 21 v. H., eine Zunahme, die bisher seit Bestehen des Rundfunks in keinem Jahre erreicht wurde. Die Rundfunkwellen der Erde haben eine beispiellose Entwicklung erfahren. Millionen Deutscher in der ganzen Welt werden von ihren Energien erfasst und mit der alten Heimat verbunden. Besondere Sorge wurde der Gestaltung der Verkehrsstarke und ihrer Anpassung an nationalsozialistische Grundsätze zugewandt. Wesentlich war die Herabsetzung der Grundgebühren der Fernsprechanstalt um rund 25 v. H. Bei der Personalwirtschaft war die Reichspost bestrebt, die vorhandenen Hilfskräfte zu halten und möglichst auch neue Kräfte einzustellen. 900 nichtbeamtete Hilfskräfte wurden als Hilfspostkassierer in das Beamtenverhältnis übernommen. Unter ihnen befanden sich rund 400 Postbetriebsarbeiter, die sich als Kämpfer um die nationalsozialistische Regierung besonders verdient gemacht haben. Auch 500 Postkassierer, die 1931 in den Postdienst getreten waren, konnten als Hilfspostkassierer in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Die Deutsche Reichspost hat im übrigen insgesamt mit ihren zusätzlichen Aufträgen seit Januar 1934 rund 83.000 Arbeitern Lohn und Brot verschafft. Von Januar bis November 1934 sind 1519 Millionen RM. an Betriebsmaßnahmen aufgewendet (1933: 1474 Millionen RM.). Demgegenüber sind jedoch auch bei den Ausgaben die Anforderungen vielfach gestiegen.

Besuch französischer Bauernführer beim Reichsnährstand

Berlin, 18. Jan. In Fortführung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Vertretung des französischen Bauernums und dem deutschen Reichsnährstand, die gelegentlich des Reichsbauerntages in Goslar angeknüpft werden konnten, werden in den nächsten Tagen beim Reichsnährstand in Berlin Besprechungen mit Vertretern des französischen Bauernums stattfinden, um die Grundsätze für eine künftige Zusammenarbeit zwischen dem Bauernum beiderseits der Grenzen klarzustellen.

Deutsche Flaggen über den Amisgebänden der Saarstädte

Saarbrücken, 18. Jan. Im Laufe des Freitags ist es nochmals zu erhebenden und begeisterten vaterländischen Kundgebungen gekommen, wurden doch auf allen Gebäuden der Behörden erstmals die siegreichen Fahnen Deutschlands gehißt. Riesige Menschenmengen hatten sich vor den Postämtern Saarbrückens, vor den Amts- und Landgerichten versammelt. Sponsoren sangen die Versammelten das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied. Die Gefolgshäuten waren überall vollständig vertreten, um das große Ereignis mitzuerleben. Auch die Saarländer sind diesem Beispiel gefolgt, nachdem der unrühmliche Saarbrücker Eisenbahnpräsident Nilhaus sich empfohlen hatte. Überall grüßen die Beamten mit dem deutschen Gruß. Selbst die Landräter in der Regierungskommission wenden ihn an. Lediglich Herr Heimburger hat ihn zu beanstanden. Andere internationale Vorgesehten haben durchaus Verständnis, daß sich die saardeutsche Beamtenschaft nach dem überwältigenden Sieg selbstverständlich den Sitten ihrer Heimat anpassen und aus ihrer politischen Gesinnung keinen Fehl mehr zu machen braucht. Die Festestrupe hält überall an.

Ein mildes Urteil

Saarbrücken, 18. Jan. Vor dem Obersten Abbringungsgerichtshof des Saargebietes unter dem Vorsitz des Zren Mersoth wurde gegen den Juden Paul Leon aus Saarlouis, einen dort sehr bekannten Drahtzieher des verfallenen Status quo, verhandelt, in dessen Kraftwagen in der Nacht zum Abstimmungstage Sprengstoffe und Waffen gefunden worden waren. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn jedoch nur Strafanzeige wegen unerlaubten Waffenbesitzes erlattet. Wenn es schon merkwürdig berührte, daß der Luxemburger Staatsanwalt Hammes Strafantrag wegen unerlaubten Waffenbesitzes stellte, so wirkte es noch befremdlicher, daß er sich, „weil sich aus politischen Gründen kein Verteidiger gefunden hat“, selbst zum Verteidiger aufwarf und ausführlich alle missverunden Umstände auseinandersetzte. Er beantragte eine bis zwei Wochen Gefängnis. Vom Richter wurde jedoch die Frage ausgeworfen, warum der sich angeblich so bedroht fühlende Angeklagte ausgerechnet in der Wahlnacht im Saargebiet aufhalten mußte. Leon gab als Begründung an, daß er sich in Saarbrücken Ausreisepässe für seine Frau und Schwester habe besorgen müssen. Anschließend konnte er jedoch nicht umhin, zum letztenmal mit Gefinnungsgenossen einen irdischen Abend im „Excelsior-Kaffee“ zu verbringen, der sich bis 3 Uhr morgens hinzog. Auf der Rückfahrt erteilte ihm dann sein Geschick. Waffen und Sprengstoffe wurden beschlagnahmt, er selbst verhaftet. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht das Urteil, das auf einen Monat Gefängnis lautete.

Abschiedsfeier in Saarbrücken für die Uebersee-Saardeutschen

Saarbrücken, 18. Jan. Für die mehr als 2000 Auslandsdeutschen, die zur Abstimmung aus allen Teilen der Erde ins Saargebiet gekommen sind, veranstaltete die Deutsche Front-am Donnerstagabend im überfüllten Saal des Johannishofes eine besondere Abschiedsfeier. Für die Deutschen aus Uebersee dankte der Vorsitzende des Saargebietes Reuport, Woll, für die Tage in der alten Heimat. Sie seien stolz darauf, an der Saar geboren zu sein. Alle Saardeutschen, die die letzten Tage mit erleben durften, würden allezeit Pioniere des Deutschtums sein. Für den stellvertretenden Landesleiter der Deutschen Front sprach der Ortsgruppenleiter von St. Johann und dankte den Auslandsdeutschen für ihre Treue zur Heimat. Rußländische Darbietungen und Heimatgesänge verklärten den Abend, und wenn in den allernächsten Tagen die Auslandsdeutschen die Saarheimat wieder verlassen werden, so wird sie die Erinnerung begleiten an die schönsten Tage ihres Lebens, da sie für ihr Deutschtum den Stimmzettel abgeben durften, für das neue Deutschland, dessen ganze Liebe sie hier verspürten. Während des Abends wurde bekannt, daß der Völkerbundsrat die ungeteilte Rückgliederung des Saargebietes am 1. März beschloßen habe. Unbeschreiblicher Jubel erhob sich bei dieser Mitteilung und spontan stimmten die Anwesenden mit erhobenem Arme das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied an.

Die Schweiz verweigert May Braun die Einreise

Paris, 18. Jan. Nach einer hier vorliegenden Meldung soll die schweizerische Regierung dem Führer der saarländischen Märzisten, May Braun, die Einreiseerlaubnis in die Schweiz verweigert haben. May Braun sei deshalb nach Jorbach zurückgekehrt. Der Saarbrücker Sonderberichterstatter des „Tour“ weiß zu berichten, daß 28 saarländische Kommunisten, die ohne Papiere von den französischen Grenzbehörden aufgenommen



worden seien, sich sofort nach ihrem Uebertritt mit französischen Kommunisten verbündet hätten. Die saarländischen Kommunisten seien unter dem Gejang der Internationale in Koblenz eingezogen. Französischerseits habe man dies doch für etwas „sehr unangebracht“ gehalten und die Kommunisten deshalb aufgefordert, sofort den französischen Boden zu verlassen.

474 Saar-Emigranten in Frankreich eingetroffen

Paris, 18. Jan. Nach amtlichen Angaben von der französischen Grenzpolizei, die am Donnerstagabend im französischen Innenministerium eintrafen, hätten bis Donnerstagabend 474 Emigranten die französische Grenze überschritten.

Umgruppierung der höchsten Militärfunktionen Frankreichs

Paris, 18. Jan. Der am Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik tagende Ministerrat hat eine Verordnung angenommen, die die wiederholt angekündigte Umorganisation des obersten Kriegsrates und des Generalstabes zum Inhalt hat. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1927, das die Altersgrenze des Vorsitzenden des Obersten Kriegsrates auf 68 Jahre festsetzt, wurde anstelle des bisherigen Vorsitzenden, General Weygand, der am 21. Januar 1867 geboren ist, der im 63. Lebensjahr stehende derzeitige Generalstabschef General Gamelin zu seinem Nachfolger ernannt. General Gamelin bleibt gleichzeitig Chef des Generalstabes.

Mag Braun darf in Paris nicht sprechen

Paris, 18. Jan. In Abwesenheit des Außenministers Laval hat Ministerpräsident Lalandin im Ministerrat über den Stand der Verhandlungen, die nach der Saarabstimmung eingeleitet wurden, sowie über die Maßnahmen berichtet, die bereits getroffen wurden. Der Innenminister teilte dem Ministerrat mit, daß er Mag Braun untersagt habe, in einer in Paris stattfindenden Versammlung das Wort zu ergreifen.

Lloyd George über seinen Wiederaufbau

London, 18. Jan. Der ehemalige englische Ministerpräsident Lloyd George eröffnete in Bangor (Wales) seinen seit Wochen angekündigten Feldzug für ein „New Deal“, d. h. eine völlig neue Verteilung der Kräfte. Die finanziellen Hilfskräfte des Landes müßten im Interesse der Arbeitsbeschaffung mobilisiert werden. Eine starke Politik unter Löhner, entschlossener und fester Führung Großbritanniens könne die heikle und gefährliche internationale Lage bessern. Die Welt werde nicht zögern, die internationalen Meinungsverschiedenheiten zu regeln, wenn Großbritannien in der Abrüstungsfrage und im Fernen Osten eine klare Führung übernehme. Die erste Bedingung für den Erfolg sei ein völliges Einverständnis mit Amerika. Die gemeinsamen Bemühungen dieser beiden Länder könnten den Frieden der Welt sichern.

Lloyd George entwickelte alsdann in großen Zügen einen Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Er empfiehlt die Einsetzung einer unabhängigen u. mit allen Vollmachten ausgerüsteten Körperlichkeit. Das Parlament müsse sich darauf beschränken, die gesetzgeberischen Grundlagen für das Rahmenprogramm zu schaffen, während die Durchführung der Einzelheiten der Exekutive überlassen bleiben soll. Was das britische Kabinett angeht, so schlägt Lloyd George die Wiederherstellung des Grundgesetzes des alten Kabinetts vor, „das zweifellos das aktivste und wirksamste Instrument war, das England in seiner Geschichte erlebt hat“. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Lloyd George der Landwirtschaftsfrage. Während in England nur 7 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, betrage der entsprechende Prozentsatz in dem dicht besiedelten Belgien 19 Prozent und in Deutschland sogar 30,5 Prozent. Da in England die Marktnormausgleichungen gegeben sind, bestehe kein Grund, warum nicht die Bodenfläche besser ausgenutzt werden solle.

Im Verlauf seiner Rede kam Lloyd George auch auf die Saarabstimmung zu sprechen. Dazu bemerkte er: Auch ich habe großes Vertrauen zu Reichsfinanzminister Hitlers sehr verständlicher Rede und zu der Haltung des französischen Außenministers Laval. Ich glaube, daß ihre Erklärungen voller Verheißung für den Frieden Europas sind.

Ehrung der Rettungsmannschaft der „Neuport“

London, 18. Jan. Die Mannschaft der Rettungsboote des Havagdampfers „Neuport“, die in der Nacht zum 19. Dezember bei schwerer See im Atlantischen Ozean die 16köpfige Mannschaft des norwegischen Frachtdampfers „Sisto“ rettete, hatte am Freitag in London einen Ehrentag. Die deutschen Seeleute wurden in Anwesenheit des deutschen Botschafters von Hübich, sowie vieler hunderter Mitglieder des bekannten Versicherungshauses Lloyd mit den Lloyd-Medaillen „für Rettung von Menschenleben zur See“ ausgezeichnet. Zugleich wurde eine von Lloyds gestiftete Plakette zur Anbringung an der „Neuport“ in Erinnerung an die Rettungsstat dem Kapitän von Masche von der Havag übergeben.

Vor der Feierlichkeit bei Lloyd brachte die City von London ihre Anerkennung für die mutige Rettungsmannschaft der „Neuport“ durch einen Empfang im Mansion-House, den der Lordmayer von London gab, zum Ausdruck. Es war ein eindrucksvoller Augenblick, als der Erste Offizier Wiesen an der Spitze seiner modernen Matrosen in der riesigen Empfangshalle des Mansion-House von dem Lordmayer, der seine Amtskette trug, begrüßt wurde. Der Lordmayer drückte jedem einzelnen die Hand und brachte seine warme Anerkennung für die tapfere Tat zum Ausdruck.

Diktators „dummes Geschwätz“

Washington, 18. Jan. Im Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses hatte der Führer der jüdischen Bewegung, Diktator, eine Vorlage eingebracht, durch die denjenigen Amerikanern, die zur Saarabstimmung nach Deutschland gereist sind, das amerikanische Bürgerrecht abgesprochen werden soll. Diese Vorlage ist nicht an das Repräsentantenhaus verwiesen worden, da der Einwanderungsausschuß sichtlich geteilter Meinung über den Wert der Vorlage war. Das republikanische Unterhausmitglied Dicksen (Illinois), das auch dem Ausschuß angehört, bezeichnete die Vorlage als einseitig. Es wäre einfach dumm von jedem gewesen, fuhr Dicksen fort, nicht zur Abstimmung zu gehen; er selber wäre gegangen, wenn ihm Gelegenheit geboten worden wäre. Es sei „dummes Geschwätz und Geschrei“, von einer Beeinträchtigung der amerikanischen Staatsangehörigkeit zu sprechen. Der Einwanderungskommissar McCormack bedauerte zwar die Saarreise, empfahl aber, von einem Eingreifen des Kongresses abzusehen, da von der Regierung zu einem späteren Zeitpunkt ein neues Naturalisierungsgesetz vorgelegt werde.

Raubüberfall in Hamburg

Hamburg, 18. Jan. Am Freitag nachmittag erschien in dem Kontor der Reismühle im Bullenhauser Damm ein etwa 28 Jahre alter Mann, der den Buchhalter und einen Boten, die beim Einpacken von Lohngehältern waren, mit der Pistole in Schach hielt. Er raffte das Geld, das auf den Tischen lag, zusammen und warf es in einen Pappkarton. Dann forderte er den Buchhalter unter Bedrohung mit der Waffe auf, den Geldschrank zu öffnen. Der Räuber leerte den Schrank und verließ das Kontor. Ein Helfer des Räubers hielt sich während des Überfalls ebenfalls mit einer schußfertigen Pistole vor dem Kontor auf und ließ niemand ins Haus. Er bedrohte durch das Schalterfenster den Buchhalter und den Angestellten mit einer Pistole, bis der Geldräuber in dem vor dem Hause stehenden Kraftwagen sah. Dann sprang er schnell in den fahrerfertigen Kraftwagen. Nach den Ermittlungen sind Lohngehälter in Höhe von 10.000 RM. geraubt worden. Der zur Tat benutzte Personenkraftwagen war kurz vorher gestohlen worden.

137 Jahre Gefängnis im Sinowjew-Prozess

Weningrad, 18. Jan. Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion in Weningrad hat im Prozess gegen Sinowjew und Genossen folgende Strafen verhängt: Sinowjew zehn Jahre Gefängnis, weitere vier Angeklagte je zehn Jahre Gefängnis, sechs Angeklagte je acht Jahre Gefängnis und weitere Angeklagte fünf bis sechs Jahre Gefängnis, darunter Kamenew fünf Jahre. Das Privateigentum der Angeklagten wird vom Staat beschlagnahmt.

In der Begründung des Urteils, das der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion gegen Sinowjew und die übrigen Mitangeklagten am Donnerstag gefällt hat, wird erklärt, daß der Tatbestand des Hochverrats vorliegt. Die Untersuchung habe zwar ergeben, daß Sinowjew und andere Teilnehmer der Verschwörung nicht unmittelbar an der Ermordung Kirovs Anteil gehabt hätten. Dagegen sei erwiesen, daß Sinowjew und seine Genossen genauestens über die revolutionären Absichten der terroristischen Weningrader Gruppe unterrichtet waren, die unter Führung Nikolajew am 1. Dezember 1934 den Mord an dem Sekretär der Partei, Kirov, ausgeführt hat. Es wird in der Urteilsbegründung ausdrücklich betont, daß Kamenew und zwei andere Angeklagte keine bedeutende Rolle in dieser Organisation gespielt haben.

Noch 76 Angehörige der Sinowjew-Gruppe verbannt

Moskau, 18. Jan. Das Bundeskommissariat des Innern (OGPU) hat 76 Personen, die zur Sinowjew-Opposition gehörten, und angeblich mittelbar oder unmittelbar an den letzten Verschwörungsvorfällen beteiligt waren, für zwei bis fünf Jahre nach Sibirien verbannt. Unter den Verbannten befinden sich zahlreiche Kommunisten, die bedeutende Ämter in der Sowjetunion bekleiden haben.

Rattengift-Prozess in Moskau

Moskau, 18. Jan. In Moskau hat ein Prozess gegen 13 Arbeiter der Moskauer Hauptstelle für Rattenbekämpfung begonnen. Den Angeklagten wird Fahrlässigkeit bei der Aufbewahrung und Beförderung von Giften zur Last gelegt. In der Nacht zum 8. August 1934 waren mehrere Angestellte des Moskauer Güterbahnhofes unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Nach der Anklageurkunde mußten 30 Personen in Krankenhäuser gebracht werden. Die Untersuchung habe ergeben, daß bei der Aufbewahrung der für die Rattenbekämpfung erforderlichen Gifte nicht die nötige Vorsicht gewaltet hat. Sogar Todesfälle seien zu verzeichnen gewesen. Der Prozess wird zehn Tage dauern.

Seegefecht mit Seeräubern

Schanghai, 18. Jan. Nördlich von der Mündung des Yangtschangs, wie die Wasserpolizei in Hulung mitteilt, ein Seegefecht zwischen Polizeiwachposten und 50 Seeräuber-Dschunken statt. Der Kampf dauerte einen ganzen Tag. Vier Dschunken wurden zusammengebrochen und gingen unter, acht Dschunken wurden von der Polizei erbeutet. Die übrigen Seeräuber-Dschunken entkamen. Ueber 50 Seeräuber wurden im Kampf getötet und eine große Zahl erkrankt. 20 Räuber wurden von der Polizei gefangen genommen. Wie es heißt, soll die Flotte der Seeräuber 300 Dschunken stark sein. Die Seeräuber plündern seit etwa einem Monat viele aus Nordchina kommende Fährzeuge, besonders Fischereifahrzeuge, aus und schmuggeln Waren an Land.

Hauptmann-Prozess

Wilmington, 18. Jan. Im weiteren Verlauf der Verhandlung im Hauptmann-Prozess erkannte der Tankstellenwärter, dem der Angeklagte die letzte Zehndollar-Goldnote des Lösegeldes zahlte, die zur Verhütung führte, Hauptmann einwandfrei wieder. Ein Sonderagent der Justizbehörde namens Seery sagte aus, daß die erste aus dem Lösegeld stammende Note am 4. April 1932 entdeckt worden sei. Später seien weitere Noten im Staate Neuport, in Chicago und sogar in Asien aufgetaucht. Von den 50.000 Dollar Lösegeld hätten 35.000 Dollar in Goldnoten bestanden, während der Rest gewöhnliche Banknoten gewesen seien. Bisher seien 19.685 Dollar wieder gefunden worden, davon 14.600 Dollar in der Garage Hauptmanns.

Thomas Sisk, gleichfalls Agent der Bundesjustizbehörde, schilderte als Zeuge die Verhaftung Hauptmanns. Während Sisk die Auffindung des Lösegeldes in Hauptmanns Garage beschrieb, erhob sich der Angeklagte plötzlich und rief dem Zeugen zu, er solle aufhören zu lügen. Der Wächter Hauptmanns zog ihn auf den Stuhl zurück und auch die Zuhörer, die bei Hauptmanns Ausruf aufgesprungen waren, setzten sich wieder. Der Richter Trenchard erklärte Hauptmann, er werde sich zur angemessenen Zeit äußern können. Nach diesem kleinen Zwischenfall erzählte der Zeuge Sisk, daß in der Brieftasche Hauptmanns eine Goldnote über 20 Dollar, die aus dem Lösegeld stammte, gefunden worden sei. Hauptmann habe gesagt, dies sei ein Teil seiner Ersparnisse und sei seine letzte Goldnote. Während die Wohnung Hauptmanns durchsucht wurde, so sagte Sisk weiter aus, habe der Angeklagte verhöhlt zum Fenster hinausgeschrien, anscheinend nach der Garage hin. Auf die Frage, ob das Geld in der Garage verborgen sei, habe Hauptmann den Besitz von Gold bestritten. Unter dem Boden der Garage sei ein Krug gefunden worden, von dem Hauptmann zunächst nichts wissen wollte. Am nächsten Tage habe er jedoch zugegeben, in diesem Krug drei Wochen vor seiner Verhaftung Geld aufbewahrt zu haben. Auch bei dieser Aussage rief Hauptmann dem Zeugen zu, er solle nicht lügen. Nachdem der Generalanwalt erklärt hatte, er wolle beweisen, daß der Angeklagte nach dem 2. April 1932 nicht mehr gearbeitet habe, wurde die Verhandlung vertagt.

Lokales

Wildbad, 19. Januar 1935.

Winterportsonderzüge. Am Sonntag, 20. Jan. verkehren die Winterport-Sonderzüge: Pforzheim ab 7.42 Uhr, Wildbad an 8.18 Uhr und Wildbad ab 19.08 Uhr,

Pforzheim an 19.41 Uhr. Der Zug Wildbad ab 19.08 hält nur in Rotenbach, Neuenbürg-Hbf. und Pforzheim-Brödingen.

Reichsbetriebsappell der Reichsbetriebsgemeinschaft Handel. Am Montag den 21. Januar 1935, findet von 8—8.30 Uhr vormittags in Berlin unter Führung der Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel mit dem Reichsorganisationsleiter Pp. Dr. Ley ein Reichsbetriebsappell statt, welcher auf sämtliche deutschen Sender übertragen wird. An diesem Betriebsappell nimmt die gesamte Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel mit folgenden Fachgruppen teil: Außenhandel, Großhandel, Einzelhandel (sämtliche Ladengeschäfte einschl. Lebensmittel- und Tabakwarengeschäften), Handelsvertreter, ambulantes Gewerbe, kaufmännisches Hilfs-gewerbe, Haus- und Grundstückswesen. Die Teilnahme an diesem Betriebsappell ist für sämtliche Betriebsführer und Befolgschaftsleute Pflicht. Die Betriebsführer werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Appell als Arbeitszeit zu betrachten ist und den Teilnehmern weder ein Arbeitslohn gekürzt, noch derselbe durch eine Ueberarbeitszeit hereingeholt werden darf. Um eine einwandfreie Durchführung zu sichern, bleiben sämtliche Geschäfte der Betriebsgemeinschaft 17 Handel mit Ausnahme der Gaststätten am Montag vormittag bis 9 Uhr geschlossen. Für die Gaststätten ergehen besondere Anordnungen. Sämtliche Gebäude, in welchen sich ein Handelsbetrieb befindet, flaggen am Montag den 21. Januar, von vormittags 8—10 Uhr, um dem einheitlichen Willen zur Mitarbeit am Aufbau des deutschen Handels Ausdruck zu verleihen. (Siehe Anzeige!)

Vorsicht beim Auftauen eingefrorener Wasserleitungen. Bei starkem Frost besteht die Gefahr des Einfrierens von Wasserleitungen in Gebäuden aller Art. Bei dem Versuch, solche eingefrorene Leitungen aufzutauen, sind im Laufe der letzten Jahre verschiedentlich größere Schadenfeuer entstanden. Es seien daher alle, die mit dem Auftauen solcher eingefrorener Leitungen zu tun haben, gewarnt, bei ihren Arbeiten die größtmögliche Sorgfalt walten zu lassen. Das Auftauen mit der Lötlampe wird in jedem Falle gefährlich sein, insbesondere dort, wo die Wasserrohre zum Schutze gegen die Kälte mit leichtbrennbarem Material umkleidet sind. Handwerksmeister, die das Auftauen von Wasserleitungen durch ihr Personal vornehmen lassen, sind verantwortlich für Schäden, die durch diese angerichtet werden; denn wenn ein Schaden entsteht, ist dadurch der Beweis erbracht, daß die erforderliche Sorgfalt nicht beobachtet wurde. Die Bestrafung wegen fahrlässiger Brandstiftung steht jedem bevor, der beim Auftauen von Wasserleitungen ein Schadenfeuer verurteilt.

Kündigung von Jagdpachtverträgen, Abrundung und Flächenfestlegung von Gemeindejagden

Der Landesjägermeister erläßt folgende vorläufige Mitteilung: Mit Genehmigung des Reichsjägermeisters vom 18. Januar 1935 wird bekanntgegeben, daß demnächst eine Verordnung des Württ. Staatsministeriums erscheinen wird, die u. a. folgendes enthält:

1. Laufende Jagdpachtverträge können bis 31. Januar 1935 vom Pächter und Verpächter auf 31. März 1935 gekündigt werden.
 2. Der Paragraph 6 N.J.G. über Bildung bezw. Abrundung von Jagdbezirken tritt sofort in Kraft.
 3. Für bisherige Eigen-Jagdbezirke, die der Vorschrift des Paragraph 8 N.J.G. nicht entsprechen, also im Zusammenhang weniger als 75 Hektar umfassen, erlischt das Jagdrecht des bisher Berechtigten und etwa noch laufende Jagdpachtverträge mit dem 31. März 1935.
 4. Die Mindestgröße der gemeinschaftlichen Jagdbezirke wird mit Wirkung vom 1. April 1935 ab auf 250 Hektar festgesetzt (Paragraph 9 N.J.G.).
 5. Für bisherige Gemeinde-Jagdbezirke, die im Ganzen oder in Teilen weniger als 250 Hektar im Zusammenhang betragen, erlischt der Pachtvertrag auf 31. März 1935.
 6. Diese Bezirke sind einem anderen Jagdbezirk anzugliedern. Ein für diesen Bezirk noch laufender Pachtvertrag wird auf die hinzukommende Fläche ausgedehnt.
- Den Kreisjägermeistern wird noch Bekanntgabe der Verordnung eine entsprechende Anweisung zugehen.

Die Parzellen feiern den Saarfieg. Am Dienstagabend 7.30 Uhr vereinigten sich die Parzellen Sprollenhau, Nonnenmühl und Christophshof in Sprollenhau zu einer Kundgebung anlässlich des überwältigten Saar-Abstimmungsergebnisses. Die Formationen SS., SA., SVA., Pp., Mitglieder der DAF, und die Schulklassen mit ihren Lehrern beteiligten sich geschlossen an einem imposanten Fackelzug, wie ihn die Gemeinde noch nie gesehen hatte. Der Zug bewegte sich vom Anwaltsbureau aus durch die Ortsstraßen bis hinaus zur Wais. Vor der „Atrone“ flammte ein mächtiges Siegesfeuer auf und warf seinen Flammenschein auf den vom Wildbader Trommler- und Pfeiferkorps angeführten Fackelzug. Nach der Rückkehr zum Ausgangspunkt vor der Atrone, hielt Pp. H. Kometsch, Wildbad folgende Ansprache:

Deutsche Volksgenossen und Genossinnen! Deutsch ist die Saar, dieses Wort ist und war für uns alle eine unumstößliche Tatsache. Doch der Schandvertrag von Versailles glaubte dieses urdeutsche Land, das nicht nur durch seine Grenzen sondern auch blutmäßig voll und ganz deutsch war und ist, durch allerlei Intrigen abzutrennen. Seit der Beendigung des Weltkrieges hielten die Franzosen das Saargebiet in ihrer Hand, um es ganz im französischen Sinne zu erziehen. Nicht nur die Fesseln der Besatzung hielten unsere Volksgenossen im Banne und terrorisierten die Bevölkerung, nein auch die französische Hochfinanz beutete die Arbeiter aus und glaubte, gestützt auf ihren Geldsack, das Saargebiet für Frankreich gesüht zu machen. Nur derjenige kann sich ein Bild machen der selbst schon erlebt hat, was es heißt, fremden Truppen und Mächten ausgeliefert zu sein. Zu dem Terror der Besatzung gesellte sich als treuer Begleiter auch die französische Grubenverwaltung. Diese Grubenverwaltung, die in Wirklichkeit keine andere Pflicht hatte, als die deutschen Saargeuben zu Frankreichs Gunsten auszubenten, war im Saargebiet gegen unsere deutschen Volksgenossen ein Terror, der einzig in der Weltgeschichte dasteht. Derjenige Volksgenosse der auch nur mit einer Stiege verriet, daß er deutsch ist und bleiben will, wurde sofort trillios entlassen. Nicht nur vom Arbeitsplatz, sondern auch aus

Ihren Wohnungen wurden diese treuen und treuesten unserer Volksgenossen vertrieben. Ja sogar soweit ging der Terror der französischen Grubenverwaltung, als Frankreich dazu überging französische Schulen im Saargebiet zu eröffnen. Der Bergmann oder jeder Beamte der sein Gehalt von dieser französischen Grubenverwaltung bezog, mußte um nicht Gefahr zu laufen seine Kinder in die französischen Schulen schicken, tat er dies nicht so war für ihn die freilose Entlassung eine unumstößliche Tatsache. All diese Terrorisierung hatten unsere Volksgenossen 15 Jahre lang zu ertragen. Mit deutscher Treue und unbeschreiblicher Disziplin haben unsere Brüder und Schwestern an der Saar diesen Kampf durchgehalten. Alle von Frankreichs Geldern bezahlte Emigranten zwangen unseren Volksgenossen an der Saar einen Kampf auf, dem an Niederträchtigkeit auf der Welt nichts ähnliches zur Seite steht. Ein Spitzelsystem wurde organisiert, um jeden deutschen Volksgenossen zu verraten, der sich für seine deutsche Heimat einsetzte. Die Landesverräter, die bei der Wachtregierung unseres Führers verschwanden, fanden im Saargebiet einen für ihren Zweck geeigneten Unterschlupf. Unzählige Gelder stellte die französische Grubenverwaltung diesen zur Verfügung um sie auf unsere Volksgenossen an der Saar loszulassen. Es würde zu weit führen, all das zu schildern was unsere Volksgenossen an der Saar in den letzten Jahren erdulden mußten. Dielem ganzen Spul hat nun der 13. Januar ein jähes Ende bereitet. Alle Lügen alle Niedertracht vermochten nicht die urdeutsche Gesinnung unserer Volksgenossen an der Saar zu rauben. Nicht mit Terror nicht mit Waffen haben unsere Brüder und Schwestern an der Saar den Sieg errungen; nein ihre einzige Waffe war der Stimmzettel und mit dieser Waffe haben sie den Sieg erfochten, der ein Sieg von so überwältigender Größe ist, daß er unauslöschlich für alle Zeit im Buch der Weltgeschichte stehen wird. Für uns Deutsche war es ja nicht anders möglich, als daß die Saar deutsch war und deutsch bleiben wird. Für Frankreich wird der 13. Januar eine Mahnung sein, nie und nimmer die Hand nach deutschem Land auszustrecken. Unsere Volksgenossen an der Saar haben den Franzosen gezeigt, was deutsches Blut und deutsche Treue ist. Der Spul von den 150.000 Saarfranzosen ist zu Ende. Au Frankreich liegt es nun, die Hand, die ihm unser Führer angeboten hat zur friedlichen Zusammenarbeit, anzunehmen. Wir wollen keinen Krieg, sondern nur als gleichberechtigtes Volk anerkannt und behandelt werden. An diesem Kampf um unsere Gleichberechtigung und um den Frieden in Europa zu sichern, hat sich auch das ganze Saarpolk in heroortragender Weise eingesetzt, denn ohne diese Abstimmung wäre nie der Frieden in Europa gesichert worden denn nie und nimmer konnten wir zugeben, daß deutsche Brüder und Schwestern unter fremder Herrschaft schmachten sollten. Nun haben unsere Volksgenossen ihren

Willen kundgetan. Der ganzen Welt wird nun klar, daß deutsch die Saar immerdar.

Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer und dem Abzingen des Deutschland-, Horst-Wessel- und Saarlieses fand die erhebende Feier ihren Abschluß.

Württemberg

Stuttgart, 18. Jan. (Leichtes Nahbeben.) Am Donnerstag um 15 Uhr 15 Minuten 20 Sekunden haben die Instrumente der Stuttgarter Erdbebenwarte (Villa Reigenstein) ein leichtes Nahbeben aufgezeichnet, dessen Herd nach den Berechnungen im südlichen Schwarzwald liegt.

Kirchheim u. L., 18. Jan. (80 Jahre alt.) Hier konnte der frühere Apotheker Albert Hölzle seinen 80. Geburtstag körperlich rüstig und geistig frisch begehen. Er war Mitbegründer des Schwäb. Albvereins. Die Glückwünsche dieses Vereins übermittelte Professor Nägele-Tübingen persönlich.

Lorch, 17. Jan. (Bauernschule.) Am Mittwoch wurde auf der Bauernschule in Lorch der 2. Lehrgang für Jungbauern und zugleich der 1. Lehrgang für Jungbäuerinnen eröffnet. 28 Bauernjöhne und 15 Bäuerntöchter haben sich zu weltanschaulicher und ständischer Ausbildung im ehemaligen Kloster Lorch eingefunden. Landesbauernführer Arnold hielt eine Ansprache. Landeshauptabteilungsleiter 1 von Brangell betonte die enge Zusammengehörigkeit zwischen Bauern und Nationalsozialismus.

Untergröningen, Olt. Gaildorf, 18. Jan. (Unfall beim Holzsägen.) Peter Weiswenger von hier war im Wald mit Abzägen eines Stammes beschäftigt, als ein frisch gefällter Baum auf das Ende des zu bearbeitenden Stammes fiel und diesen auf die Seite warf, wodurch Weiswenger ein Fuß oberhalb des Knies abgeschlagen wurde.

Michelberg, Olt. Calw, 18. Jan. (Belohnung ausgelegt.) Auf die Ermittlung des Brandstifters in dem Brandfall in Michelberg vom 26. Dezember 1934 wurde namens der Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt eine Belohnung von 500 RM. ausgelegt.

Freudenstadt, 18. Jan. (Schwarzwaldverein.) Der Schwarzwaldverein, der sich jetzt aus nahezu 160 württembergischen und badischen Ortsgruppen zusammensetzt, hält seine 71. Hauptversammlung am 19. Mai 1935 in Freudenstadt ab.

Winterlingen, Olt. Balingen, 18. Jan. (Winterlingen will Stadt werden.) In einem Jahresrückblick auf das Gemeindeleben im Jahr 1934 führte Bürgermeister Buh aus, daß es Pflicht insbesondere auch der Gemeindeverwaltung sei, mitzuhelfen, daß altes Kulturgut wieder auflebe. Neben verschiedenen Maßnahmen, die in dieser Hinsicht vorgesehen sind, ist auch an ein Heimatspiel anlässlich des 1100jährigen Bestehens der Gemeinde Winterlingen gedacht. Winterlingen rechnet mit der Möglichkeit, bei diesem Anlaß zur Stadt erhoben zu werden. Es werden für dieses Streben angeführt seine zahlreichen und ausgedehnten Fabriken und Geschäftshäuser, seine guten

Gasthöfe, die sauberen Straßen und Häuser, Festhalle, Park, Schwimmbad, vollständige Kanalisation und nicht zum mindesten auch der Umstand, daß Winterlingen die alte 100prozentige Hochburg des Nationalsozialismus ist.

Ebingen, 18. Jan. (Reichs-Spende.) Aus Anlaß der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Ebingen an Fabrikant Reinhold Haug spendete dieser der Stadt 5000 RM. zu beliebiger Verwendung.

Riedlingen, 18. Jan. (Arbeitsdienstag.) Die Abteilung Riedlingen des Deutschen Arbeitsdienstes steht einem großen Tag entgegen. Am Samstag, den 2. Februar, wird das neuerbaute Heim der Abteilung feierlich eingeweiht.

Ravensburg, 18. Jan. (Brand.) In der Rahmenfabrik von Oskar Hägele ist am Donnerstag früh Feuer ausgebrochen. Im Kellerraum unter der Werkstätte standen die dort lagernden Risten, Padmaterial und Rahmen in hellen Flammen. Der größte Teil dieses Materials ist verbrannt. Das Feuer ist auch auf die im Erdgeschoß liegende Werkstätte übergegangen. Hier brannte der Boden der Werkstätte. Der Weckerling gelang es, über das Feuer Herr zu werden.

Tony, 18. Jan. (Todesfall.) Nach kurzer Krankheit ist im hiesigen Krankenhaus Dr. Gustav Quellmalz gestorben. Der Verstorbene wurde vor 34 Jahren zum Stadtarzt gewählt und hat während dieser langen Zeit seine ganze Kraft seinen Patienten gewidmet. Seiner Anregung ist der Bau des städtischen Krankenhauses zu verdanken.

Ulm, 18. Jan. (Faschingszug.) Die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ hat es in Zusammenarbeit mit der Ulmer Künstlergilde, der Kunsthandwerkergilde und der Karnevalsgeellschaft unternommen, den Ulmer Fasching wieder in ganz großem Stil aufleben zu lassen. Am 3. März erreicht das Faschingsstreifen mit einem prächtigen Umzug seinen Höhepunkt.

Gehingen, 18. Jan. (Elektrisches Licht.) Ein seit Jahrzehnten verfolgter Plan wird jetzt in die Tat umgesetzt. Die Versorgung der Burg Hohenzollern mit elektrischer Beleuchtung. Die Stromleitung erfolgt von Zimmern aus und erreicht auf einer Schneise am Südhang den Bergfeg. Dabei wird darauf Bedacht genommen, das landschaftliche Bild nicht zu stören. Der Zukunft vorbehalten bleibt eine Beleuchtung der Auffahrtsanlage mit Scheinwerfern.

Fußball am Sonntag

Gau Württemberg: VfB. Stuttgart — Sportfreunde Stuttgart; Ulmer SV. 94 — SV. Feuerbach; Union Böttingen — SV. Göppingen.

Gau Baden: Karlsruher SV. — Phönix Karlsruhe; VfL. Neudorf — VfR. Mannheim; Freiburger FC. — SV. Waldhof; Germania Karlsruhe — VfB. Mühlburg.

Gau Bayern: 1. FC. Nürnberg — Bayern München; Wader München — SpVgg. Fürth; Schwaben Augsburg — USV. Nürnberg; Jahn Regensburg — FC. Augsburg.

Gau Südwest: Borussia Worms — Phönix Ludwigshafen; 1. FC. Kaiserslautern — HSV. Frankfurt; Union Niederrad — Offenbacher Kickers; FK. Pirmasens — Eintracht Frankfurt.

Veranstalter und Verlag: Buchdruckerei und Genossenschaftsbuchdruckerei Württembergischer Fußball-Verband, Stuttgart 1, Schwanenweg 13, Tel. 941, 12, 34, 750

Stadtgemeinde Wildbad.

Betr. Ortsfeuerlöschordnung (ziviler Luftschutz).

Durch Verfügung des Ortsvorstehers vom 6. 11. 34 mit Zustimmung des Gemeinderats vom gleichen Tage ist in die Ortsfeuerlöschordnung der Stadtgemeinde Wildbad folgende Vorschrift eingefügt worden:

„Sämtliche Gemeindeglieder ohne Unterschied des Geschlechts sind verpflichtet, die Aufgaben von Luftschutzhauswartern im Rahmen des zivilen Luftschutzes zu übernehmen, sofern sie nicht aus bestimmten Gründen untauglich sind.“

Das Oberamt hat die neue Vorschrift am 9. 1. 1935 für vollziehbar erklärt.

Bürgermeisteramt.

Aufruf

an sämtl. Hotels, Pensionen u. Gasthöfe Wildbads.

Wie im vorigen Jahr sollen auch in diesem Sommer hilfsbedürftige Kameraden der SA., SS. und NSKK. als Sittlerpende aufgenommen werden. Vorbildlich stand Wildbad an erster Stelle. Wir wenden uns deshalb wieder an sämtliche Wildbader Hotel-, Pensions- und Gasthofbesitzer mit der Bitte, uns Freistellen für 8, 14 und 30 Tage zur Verfügung zu stellen. Die Freistellen sollen womöglich nur im Mai oder September benützt werden. Meldungen bis zum 1. Februar 1935 auf der Geschäftsstelle der NSDAP. (Altes Schulhaus).

Die Ortsgruppenleitung der NSDAP. Ortsgruppe Wildbad.

Der Turnverein Wildbad e. V. 1884
hält am Sonntag den 20. Januar 1935 seinen
Familienabend
im Vereinslokal zur „Alten Linde“ ab.

Hierzu sind unsere Ehrenmitglieder, sowie die Mitglieder und deren Angehörigen herzlichst eingeladen.

Für gute Unterhaltung ist gesorgt.
Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Der Turnrat.

Einzelhändler!

Handeltreibende!

Kundgebung!

Am Montag den 21. Januar, morgens 8 bis 8.30 Uhr findet der erste

Reichsbetriebsappell

der Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel

statt, wo der Reichsorganisationsleiter, Pg. Dr. Ley, über alle deutschen Sender sprechen wird.

Der Gemeinschaftsempfang

findet in den von den Ortswaltern bestimmten Räumen statt.

Die Läden sind bis 9 Uhr geschlossen zu halten.

Die Häuser, in denen sich die Geschäftsräume befinden, sind zwischen 8 bis 10 Uhr zu beslaggen.

Es ist Ehrenpflicht aller Handeltreibenden, diese Anordnungen genau zu befolgen und geschlossen mit ihrer Gefolgschaft an diesem Appell teilzunehmen.

ge.: Rothfuß, NS.-Haupt-Kreisamtsleiter.

gez.: R. Plappert,

Kreisbetriebsgemeinschaftswalter 17 Handel.



Lieber Hans!

Ich freue mich riesig, daß Du kommst. Wir gehn gleich „unsere Möbel“ anschauen. Ich hab' nämlich bei Trefzger ein Schlafzimmer gesehen - feinst sag ich Dir - so wie wir's uns immer dachten und gar nicht teuer. Ich freue mich ja so!

Deine glückliche „baldige“ Frau

TREFZGER-MÖBEL / Pforzheim
Schloßberg 19

Ab heute ist mein
Omnibusbetrieb
wieder eröffnet

Friedrich Schrafft
Tel. 324

Faust-
(fog. Tapp-Handschuhe)
gefüllt, aus Zwilch, Segeltuch und Loden zu M. 1.—, 1.25 und 1.35 empfiehlt

Adolf Stern
Herren- u. Knaben-Konfektion

Paßbilder
fertigt billigt an
Reinhardt, Berufsfotograph
Behördlich zugelassen.

Jahrgang 1914-15
trifft sich heute abend im Lokal
„Röhler Brunnen“
Börschliches Erscheinen
notwendig betreffs wichtiger
Besprechung.
Der Vorstand.

Sportanzug
grau, 1 lange u. 1 kurze Hose
Größe 54, getragen
preiswert zu verkaufen.
Auskunft d. die Tagblattgesch.

Achtung!

Achtung!

Fachgruppe: Gaststätten.

Am Mittwoch den 23. Januar 1935, nachmittags 2 Uhr, findet in Wildbad, Hotel „Wildbader Hof“, die letzte Eignungsprüfung für weibliche Bedienung des Kreises Neuenbürg statt, um allen Nachzölerinnen nochmals die letzte Gelegenheit zu geben, durch Ablegung dieser Prüfung ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Anträge sind sofort zu richten an das Berufs-Bildungsamt Wildbad. Aushilfen sind ebenfalls verpflichtet, diese Prüfung abzulegen. Mit der Durchführung beauftragt:

Kreisbetriebsgemeinschaft Handel,
Fachgruppe Gaststättengewerbe, Berufsbildungsamt Wildbad

Wer heizt und kocht,
wird bald erkennen:



„Union“-Briketts höchst sparsam brennen!

Evangelischer Gottesdienst.

2. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, den 20. Jan. 9.45 Uhr: Predigt (Dankgottesdienst für die Saarbefreiung), Stadtvicar Stein. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 1 Uhr: Christenlehre (Söhne). Stadtvicar Stein. 5 Uhr: Abendgottesdienst (Gemeindefeststunde), Stadtvicar Stein.

Mittwoch, den 23. Januar. 8 Uhr abends, Mädchenabend, ältere im Pfarrhaus, jüngere im Gemeindefaal.

Donnerstag, den 24. Januar. 8 Uhr abd. Bibelleseabend im Gemeindefaal, (Matth. 14 u. 18).

Freitag, den 25. Januar. 6 Uhr abd. männl. Jugend im Gemeindefaal.

In Sprollenhaus:

Mittwoch, den 23. Januar. 2 Uhr nachm. Frauennachmittag.

Katholischer Gottesdienst.

2. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, den 20. Jan. 7.15 Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, abends 6 Uhr Andacht.

Werktags: 7.15 Uhr hl. Messe.

Beichtgelegenheit: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunionausteilung: Vor und während jeder hl. Messe und des Antes.